

Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford. für Stadt und Land Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 83 Postfachkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 2.40 M., bei Postbezug 2.40 u. Bestellgeld. Ausgabe B: m. „Aus großer Zeit“ 45 Pf. mehr. Preis der 1. Spalt. Kleinzeile f. Stadt u. Landkreis Herford, Deynhagen u. Amt Rehme 20 Pf. sonst 30 Pf. Reklamen die Zeile 1 M.

General-Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Herford Amtlicher Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 112 Herford, Mittwoch, den 15. Mai 1918

Der Kaiser über die Kampfplage im Westen.

Wien, 14. Mai. Vor einigen Tagen wollte S. M. der Kaiser, aus dem Großen Hauptquartier kommend, auf der Durchreise in Wien und statete dem Kaiserhof und dem Rathaus einen längeren Besuch ab. Im Rathaus hielt sich der Kaiser über eine Stunde auf. Dann begab er sich in Begleitung des Oberbürgermeisters zum Rathaus, wo gerade eine Sitzung der Stadtverordneten stattfand. Der Kaiser erinnerte hier an ein Festmahl, das bei seiner früheren Anwesenheit in der alten Kaiserstadt abgehalten worden war, worauf der Oberbürgermeister erwiderte: Wenn Eure Majestät nach freudigem Friedensschluß wiederum in die alte Kaiserstadt kommen, dann werden wir hier in diesem Raum das herrlichste Festmahl halten. Hierauf erwiderte der Kaiser: Ja, das wollen wir. Sodann begab er sich in den Sitzungssaal der Stadtverordneten und hielt an die Herren, denen der Besuch völlig un erwartet kam, etwa folgende Ansprache:

Von der Westfront kommend, freut es mich, die Herren hier begrüßen zu können. Im Westen habe ich das halbeschwierige Frankreich besichtigt. Da gewinnt man erst den richtigen Eindruck von dem Grauen, von dem unser Land verschont geblieben ist. Wer etwa kleinmütig werden sollte, der möge einmal einige Tage an die Front gehen und sich die Verwüstungen ansehen; dann wird er nicht mehr klagen und mit seinem Los zufrieden sein, dann wird er die Wühlmittel, Entbehrungen und Schrecken des Krieges mit Geduld tragen. Wenn die Herren sich hier in friedlicher Ruhe zur Friedensarbeit zusammenfinden können, so verdanke ich das unserem unergiebigen Heere. Die Offensive geht gut vorwärts. 600 000 Engländer sind bereits außer Gefecht gesetzt, 1600 Gefangene erbeutet. Die Franzosen müssen überall einrücken. Hart werden die Gegner mitgenommen; sie haben es auch nicht besser verdient. Die Sache im Westen wird gemacht, aber wir müssen Geduld üben. Millionenheere können nicht an einem Tage erledigt werden. Wir werden unser Ziel erreichen. Schwere Arbeit ist zu leisten, aber dafür haben wir ja auch tüchtige Schmiede. Den Osten haben wir geöffnet. In der Krime geht es auch vorwärts. Aus der Ukraine sind die ersten Lebensmittelposten eingetroffen. Dadurch wird unsere Lebensmittellieferung gebessert. In Sevastopol haben wir eine starke, reich beladene Handelsflotte erbeutet. Dort werden wir uns den Verkehr auf dem Schwarzen Meer wieder ermöglichen. Also es liegt gut. Ich freue mich über das nationale Verhalten hier an der Reiches Grenze. Die Stimmung der Truppen ist vorzüglich. Viele Rheinländer und auch viele Bayern haben sich in Lazaretten an der Front gesprochen und ihnen Auszeichnungen überreicht. Nun, meine ich, ist es auch Zeit, alles Fremdbildliche abzutreiben. Alles französische Parteiliche muß aufhören. Sprechen wir lieber unser deutsches Wort.

Unter begeisterten Hochrufen der Stadtverordneten verabschiedete sich der Kaiser hierauf, um im Krasthof zum Karsberg und dann zum Schenkehof zu fahren. In der Stadt hatte sich die Nachricht von der Anwesenheit des Kaisers mit Wüßschneile verbreitet. Auf dem Markte hatte eine tausendköpfige Menge, die den Kaiser mit Jubelrufen begrüßte.

Die Vertiefung des Zweibundes.

Wien, 14. Mai. Die offizielle Mitteilung aus dem deutschen Hauptquartier über den Ausbau und die Vertiefung des Zweibundes nach bereits vereinbarten Grundlinien hat hier großes Aufsehen erregt. In den unterrichteten politischen Kreisen hier werden bereits die Einzelheiten des vorbereiteten Ausbaues des Bündnisses mit großer Bestimmtheit aufgezählt und durchgesprochen. Mit großer Bestimmtheit soll das Bündnis seinen rein defensiven Charakter behalten, aber zum Schutzvertrag nach allen Richtungen ausgebaut werden. Die austro-polnische Frage soll bei dieser außenpolitischen Regelung eine Rolle spielen. Militärisch sollen die gegenseitigen Vereinbarungen so vereinheitlicht werden, daß von einer Art Militärföderation gesprochen werden kann. Wirtschaftlich wird eine möglichst weitgehende Gemeinsamkeit angestrebt, die eine möglichst weitgehende Gemeinsamkeit unerlässlich ist, namentlich für die Ubergangswirtschaft unerlässlich ist. Wien, 14. Mai. Ein Vertreter der Wiener Mittagszeitung erzählt von zuwandernder Stelle, daß die Verhandlungen im deutschen Hauptquartier nicht die gewöhnlichen formellen Ergebnisse gezeitigt haben, sondern daß bedeutsame konkrete Resultate erzielt worden sind. Inwiefern die Vertiefung des Bündnisses in nächster Zeit praktisch in die Erscheinung treten wird, steht zur Zeit noch nicht fest, da nur der Rahmen des Ausbaues bestimmt wurde und die Einzelheiten nunmehr den Verhandlungen vorbehalten bleiben, die zwischen Berlin und Wien ge-

führt werden. Die Resultate, die im deutschen Hauptquartier erzielt wurden, sind nicht die unmittelbaren Folgen des Kaiserbesuches, sondern die Konsequenzen intensiver Vorarbeiten, die bereits seit geraumer Zeit geführt wurden und der gemeinschaftlichen Initiative der Zentralmächte entspringen.

Berlin, 14. Mai. Die so befriedigend verlaufenen Besprechungen im Großen Hauptquartier bilden mit der dabei erzielten Festlegung der Grundlinien für den Ausbau und die Vertiefung des Bündnisses den Auftakt zu der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Verhandlungsarbeit, die nunmehr wohl in aller Kürze beginnen wird. Es liegt auf der Hand, daß die zu treffenden politischen und militärischen Vereinbarungen, deren grundsätzliche Gestalt sich ungefähr denken läßt, sich rascher durchführen lassen werden als die wirtschaftlichen, bei denen ein schwieriger Interessenausgleich zwischen Ländern von wirtschaftlich so verschiedener Struktur und Kräfteverteilung herzustellen ist.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die einleitenden Verhandlungen hier in Berlin stattfinden werden. Zu diesem Zwecke werden wohl österreichische und ungarische Staatsmänner hier erwartet werden dürfen. Die Verhandlungen dürften sich dann in Wien fortsetzen und abgeschlossen werden. Auf deutscher Seite wird wohl auch bei diesen wirtschaftlichen Verhandlungen der frühere Direktor der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Erz. v. Körner, dessen rasche Erfassung auch in Vorkurs von sehr großen Nutzen gewesen ist, in leitender Weise mitwirken. Entsprechend der zu leistenden umfangreichen Einzelarbeit werden die wirtschaftlichen Verhandlungen wohl mehrere Monate in Anspruch nehmen.

Wien, 14. Mai. Die Nachricht über die Bündnis-erneuerung hat trotz der Pfingstpause auch zahlreiche Rumänien, insbesondere tschechische Abgeordnete in das Parlament gelockt. Es fanden auch Besprechungen unter den Abgeordneten statt. Aus den Ausprägungen des tschechischen Abgeordneten Kluge der Wilmut über dies Ergebnis ungewißheit hervor. Tschechen und Slaven kündigen schon heute an, daß sie diese Bündnis-erneuerung im Abgeordnetenhaus und in den Delegationen aufs schärfste bekämpfen werden.

In polnischen parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß nunmehr auch die Lösung der polnischen Frage rascher erfolgen wird.

Von anderer Seite wird dazu noch aus Wien gemeldet: Bei den Slaven im Abgeordnetenhaus hat die Monarchenzusammenkunft sofort das Schlagwort von der „Bajurisierung“ der Monarchie in Umlauf gebracht. Die Politiker, auch im deutschen Lager sagen sich, daß man erst das nähere über die Vereinbarungen abwarten muß. Es kommt auch vor allem auf den Inhalt der militärischen Konvention an und darauf, ob in ihnen tatsächlich eine vollständige gegenseitige Durchdringung der Armeen enthalten ist, die eine eigene Armeepolitik des einen oder anderen Teiles in Zukunft ausschließt. Ist das nicht der Fall, so kann das Abkommen als Anlaß zu überflüssigen Reibungen durchaus schädlich wirken. Ist es aber so vollständig, daß der deutsche Geist, wie nach 1866 die süd-deutschen Kontingente, so jetzt die österreichisch-ungarische Armee erfasst und durchdringt, so wird allerdings das Bündnis in einer Weise vertieft und ausgebaut, daß daneben die politischen politischen und wirtschaftlichen Fragen an Bedeutung weit zurücktreten. Mit äußerster Spannung wird also den näheren Meldungen entgegengefeuert, und wenigstens in den deutschen Kreisen der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Einzelheiten der Ausführungen nicht den Geist verderben, der aus der Rundgebung der Richtlinien spricht.

Kaiser Karl wieder Wien.

Wien, 14. Mai. (Wiener f. t. Post-Bureau.) Der Kaiser ist heute früh aus dem deutschen Großen Hauptquartier zurückgekehrt.

Rumänien und der Verband.

Amsterdam, 14. Mai. Im englischen Unterhaus erwiderte gestern Balfour auf die Anfrage eines Mitgliedes wegen des Antareser Vertrages und seiner Wirkung auf das Verhältnis Rumaniens zum Verband folgendes: Sobald der Vertrag ratifiziert ist, hört Rumänien auf, unser Bundesgenosse zu sein und wird wieder ein neutraler Staat. Die englische Regierung hat Mitgefühl mit Rumänien und bedauert die Lage, in die es geraten ist. Es ist unsere Pflicht, auf der künftigen

Friedenskonferenz zu versuchen, eine Milderung der Rumänien auferlegten harten Bedingungen durchzusetzen.

Die Industriewerke von Bethune unter deutschem Feuer.

Wien, 14. Mai. Die Schlachtanlagen und Stahlwerke am Bethune wurden von den Deutschen mit schwerem Kaliber wirkungsvoll beschossen. Im Kesselhaus des Stahlwerkes Bully-Grenah wurde ein Vollerzfer erzielt. Ein weiterer Vollerzfer im Kesselhaus des Schachts 3 in Roux rief eine Explosion unter starker Feuer- und Rauchentwicklung hervor.

Die Wege aus Ipern unter deutschem Feuer.

Wien, 14. Mai. Nach der „Morgen-Zig.“ liegen nunmehr sämtliche Rückzugswege aus Ipern heraus direkt unter deutschem Feuer.

Das Blockhausystem der Deutschen.

Wien, 14. Mai. In einem Artikel über die Lage an der Westfront zollt der Kriegsbericht-erstatler des „Corriere della Sera“ Bazzini der geschickten Verteidigung der Deutschen hohes Lob. Er schildert die geniale Anwendung eines ganz neuen Verteidigungssystems, das in der Anwendung zahlreicher, zerstreut liegender Maschinen-gewehrnesten besteht, die durch Betonierung in regelrechte Festungen ausgebaut sind. Bazzini ist vollständig überzeugt, daß, wenn die Alliierten sich des deutschen Blockhausystems bedienen würden, die deutsche Offensive wahrscheinlich doch in ihren Wirkungen begrenzt worden wäre.

Die kriegsflüchtigen italienischen Sozialisten.

Wien, 14. Mai. Die beiden Minister Bissolati und Baranini nahmen an dem 1. Kongress der italienischen Sozialistenunion teil, der in Rom eröffnet wurde. Der Abg. Grassi eröffnete die Beratungen mit einer Ansprache, die ungeheuren Beifall fand. Der Abgeordnete verfluchte diejenigen, die direkt oder indirekt die Niederlage am Isonzo verurteilt haben. Bissolati erklärte, seine Gegenwart beweise, daß die italienische Regierung der Union Interesse entgegenbringe und ihrem Programm zustimme. Kein wahrer italienischer Sozialist könne heute mehr gegen die Fortsetzung des Krieges bis zum Entfesseln der Entente sein. Nicht nur die Zukunft Italiens, sondern das Schicksal der ganzen Menschheit hänge von dem Endfesseln der Verbündeten ab. Die sozialistische Welt habe sich in 3 große Gruppen geteilt. 1. die deutschen Sozialisten, die solidarisch mit der Feudalherrschaft und dem Militarismus auf die Eroberung der Welt ausgehen. 2. die alliierten Sozialisten, die diese Eroberungspläne bekämpfen. 3. Gruppe seien die Leninisten aller Rassen, die unter dem Deckmantel für den Frieden zu arbeiten sich weigern gegen die deutschen Unterdrückungsmaßnahmen zu kämpfen. Bissolati erntete ungeheuren Beifall als er erklärte, daß Italien, das sich überwiegend aus Proletariats zusammensetzt, keine Opfer verweigert, um Oesterreich zu zertrümmern.

Das gleiche Wahlrecht in dritter Lesung abgelehnt.

Wien, 14. Mai. Im Abgeordnetenhaus hatte die Abstimmung über den § 3 der Wahlrechts-vorlage, gleiches Wahlrecht, folgendes Ergebnis: An der Abstimmung haben sich beteiligt 421 Abgeordnete. Mit ja haben gestimmt 185 Abgeordnete, mit nein 236 Abgeordnete. Das gleiche Wahlrecht ist somit auch in dritter Lesung abgelehnt.

Auch das Pluralwahlrecht abgelehnt.

Wien, 14. Mai. Das Ergebnis der Abstimmung über den § 3 in der Kommissionsfassung, Pluralwahlrecht, war folgendes: An der Abstimmung nahmen teil 415 Abgeordnete. Mit ja haben gestimmt 191 Ab-

geordnete, mit nein 220 Abgeordnete; der Stimme enthielten sich 4 Abgeordnete. Damit ist auch das Pluralwahlrecht abgelehnt. Nach der Verklindung dieses Ergebnisses erhob sich der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg und gab folgende Erklärung ab: Die königliche Staatsregierung hält nach wie vor an dem gleichen Wahlrecht unverrückbar fest. Sie wird alle verfassungsmäßigen Mittel zur Anwendung bringen, um dieses Wahlrecht durchzusetzen. Zunächst aber muß das Herrenhaus zu der Vorlage Stellung nehmen. Wenn sich bei den weiteren Verhandlungen herausstellt, daß die Absicht der Regierung nicht durchgeführt werden kann, wird sie zur Auflösung des Hauses schreiten zu einem Zeitpunkt, der ihre nach pflichtmäßigem Ermessen und unter Berücksichtigung der Kriegslage als geeignet erscheint.

Das gleiche Wahlrecht ist auch in der dritten Lesung durch Konservative, Freikonservative und Rechtsnationalisten, denen sich vereinzelte Zentrumleute zugesellten, abgelehnt worden. Das Stimmenverhältnis war ähnlich wie in der zweiten Lesung, 185 Abgeordnete stimmten für das gleiche Wahlrecht, aber die Zahl derer, die es niederklimmen, belief sich auf 236. Man hatte erwartet, daß die Staatsregierung sofort nach diesem Abstimmungsergebnis mit einer Erklärung antworten würde. Und ursprünglich hat wohl auch der Vizepräsident Dr. Friedberg selbst diese Absicht gehabt. Aber die eigenartige Situation, die sich aus den Erklärungen der Fraktionsredner während der dritten Lesung ergab, ließ es der Regierung angezeigt erscheinen, auch die übrigen Abstimmungen noch abzuwarten. Der Antrag Vollmann, der den Vermittlungsweg schaffen soll, und der neben der einen Grundstimm eine Zusatzstimm für das Alter, und eine weitere für Analfähigkeit, Grundbesitz und die Eigenschaft als Staats- oder Kommunalbeamter vorsieht, fand ebenso wenig Gegenliebe wie in der zweiten Lesung. Er wurde mit 338 gegen 73 Stimmen abgelehnt. Für ihn stimmten neben den Rechtsnationalisten einige Freikonservative und eine Reihe von Zentrumabgeordneten. Aus dem Zentrum mag diese Gefolgschaft gekommen sein, weil der Abg. Porck kurz zuvor noch den Standpunkt vertreten hatte, daß sich auf der Grundlage einer Altersstimm vielleicht eine Verständigung werde erzielen lassen. Nach diesen beiden Abstimmungen wurde unter größter Spannung das Ergebnis der Abstimmung über die Beschlüsse der zweiten Lesung erwartet, die nach konservativen Wünschen ein Pluralwahlrecht enthalten, das aufgebaut ist auf Alter, Kinderzahl, Vermögen, Einkommen, selbstständige Erwerbstätigkeit und Schulbildung. Dank der konservativen Hartnäckigkeit blieben sie bei dieser Abstimmung mit ihrer freikonservativen Gefolgschaft völlig isoliert. Auch die Rechtsnationalisten trennten sich diesmal von ihnen, jedoch sie nur 199 Stimmen für die Beschlüsse der zweiten Lesung aufbrachten, während die Ablehnung mit 220 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen ausgesprochen wurde. Das Resultat erweckte lebhaften Beifall auf der Linken. Und so muß denn die Wahlvorlage in eigenartlicher Gestalt an das Herrenhaus gehen. Sie enthält nämlich keinerlei Bestimmungen mehr über die Art des Wahlrechtes und befragt nur ganz allgemein, daß jeder Preuze, der das 25. Lebensjahr überschritten hat, und somit staatsangehörig ist, wahlberechtigt ist. Wenn daran nichts mehr geändert würde, so hätte eine von keinen Erwähl-geplagte Regierung die schönste Gelegenheit, in einer Wahlordnung die Art dieses Wahlrechtes, das jedem Preuzen mit dem 25. Lebensjahr zu steht, zu bestimmen. Aber es ist begreiflich, daß die Staatsregierung sich auf eine solche Methode nicht einlassen will und wird, sondern auf verfassungsmäßigem Weg das gleiche Wahlrecht durchdrücken wird. Nachdem das Votum entfallen war, ergriff der Vizepräsident Dr. Friedberg das Wort zu einer Erklärung, die über die Regierungsabsichten keinen Zweifel mehr ließ. Die

eren Le-
abe, was
ste. Hier-
nen Men-
Aufsich-
nung ge-
an das
Bedürf-
nisse der
ringendes
reistigen
für unser
teile er-
dazwi-
sei und
nenn-
sich die
des Mi-
n. wäh-
niet hat
ei Ziga-
stehen
schwierig-
ist das
schwierig-
soll und
gefeht
Hinficht
Rothheit.
M.)
= Mai.
g.
sdiens
Anfrage
isburg
ne-
können
mann
seinem
worden
hat
Unter-
scheint
mit
erst
neuer-
und
sigung
versteht
denfäll-
elt die
der
die
Ange-
gen
es
Land-
gefahr
unter-
ge-
dieser
S. W.
Nach-
ischen
n. in
Nach-
resse:
egen
stüb-
wer-
nahm
unte
und
Duf
oben
der
chei-
in
ater:
rum
inen
der
dud
aten
abt-
den
von
war
ens-
zu-
opf,
hohe
ens-
nicht
anz
mei-
ngs-
nem

Schubpol" Dortmund) unter der Bezeichnung "Außenkommando Dortmund" eingerichtet worden. Es liegt im allgemeinen Interesse, daß auch die- ses Außenkommando unterstützt und ihm alle zur Kenntnis gelangenden Diebstähle u. Verabungen an Nach- und Abzugsgütern schnellstens mitge- teilt werden. Auch auf begründete Verdachts- momente würde die Überwachungsstelle aufmerk- sam zu machen sein. Wer Diebstähle und Verab- ungen von Bahn- und Postsendungen aufdeckt oder vereitelt, schließt die Kampfkraft unseres Heeres und erweist dem Vaterlande einen wert- vollen Dienst. Die in Düsseldorf und Duisburg bestehenden Nach- und Abzug-Überwachungs- stellen haben sich seit ihrem Bestehen vorzüglich be- währt und mancher Diebesverbindung das Hand- werk gelegt.

Enteignung der Hauseinrichtungsgegen- stände aus Sparmetall. (Mittlich.) Die Erörte- rung über die Durchführbarkeit der Beschlagnahme und Enteignung von Metallgegenständen in der Presse, im Preussischen Landtag und im Reichstag hat vielfach den Anschein erweckt, als sollte die Beschlagnahme über Enteignung der Hausein- richtungsgegenstände zurückgezogen, mindestens aber abgeschwächt werden. Es muß ausdrücklich betont werden, daß nach der Lage der Sache die erlassenen Beschlagnahmen ohne jede Ein- schränkung weiter durchgeführt werden müssen. Den von den Kommunalverbänden ergangenen Aufforderungen zur Meldung und Ablieferung muß dieserhalb uneingeschränkt nachgekommen werden.

Angemessener Gewinn. Weit verbreitet ist die Annahme, daß der Geschäftsmann berechtigt sei, seine Preise und damit seinen Gewinn im Kriege um so viel zu steigern, als seine Lebens- haltung im Kriege durch die allgemeine Preisstei- gerung teurer geworden ist. In einer seiner letz- ten grundlegenden Entscheidungen tritt das Reichsgericht dieser Auffassung entgegen, indem es ausführt: "Dies würde nichts anderes bedeuten, als daß der Geschäftsmann befugt sein wolle, die wirtschaftliche Last und Schädigung des Krie- ges auf die anderen abzuwälzen, was aber dem Sinn und Zwecke der Bundesratsverordnungen zuwiderläuft. Die Verordnungen gehen davon aus, daß an der Kriegslast jeder das Seine zu tragen hat, und daß nicht die Lasten sämtlich auf den Verbraucher abgewälzt werden dürfen. Auch der Umstand, daß fogar der Aufwand für die not- wendigsten Lebensbedürfnisse gestiegen ist, kann daran nichts ändern. Wenn man diesem Umstand grundsätzlich nicht nur bei der Erhöhung der Be- triebskosten, sondern auch beim Gewinnzuschlag für den Einzelpreis überall Rechnung tragen würde, so würde dem Geschäftsmann nicht nur ermöglicht, den Mehrerwerb für die Lebens- haltung zu decken, sondern auch aus dem Kriegs- gewinn noch größere Müllagen zu machen als sonst. Die Bewilligung eines höheren Einzelge- winns in solchen Fällen würde zur Folge haben, daß der Kriegsgewinn dem die Feuerung für die notwendigsten Lebensbedürfnisse nicht fähigbar wird, wegen dieser Feuerung zum Schaden derer begünstigt wäre, auf denen ohnehin die Last der Feuerung ruhen bleibt. Sie entspricht also auch nicht den Anforderungen der Gerechtigkeit und Billigkeit. Der Senat muß darum auf dem Standpunkt beharren, daß bei der Frage nach der Angemessenheit des Gewinns die angemessenen Friedensgewinne zum Vergleiche heranzuziehen sind."

Erhöhung des Preises für Hafer auf 600 M für die Tonne. Der Staatssekretär des Kriegs- nährungsamtes hat eine Anordnung erlassen, wonach die Heeresverwaltung ermächtigt wird, für Hafer aus der Ernte 1917, der bis zum 5. Juni 1918 einschließlich noch zur Ablieferung gebracht wird, bis zu 600 M für die Tonne zu bezahlen. Die Anordnung ist durch die Notwendigkeit be- dingt, für die Hartfuttermittelversorgung des Heeres die letzten im Lande noch vorhandenen Hafervorräte mit größter Beschleunigung herauszugeben. Es handelt sich vor allem um die Ablieferung der un- verbrauchten Saatgutmengen, ferner um die ge- ringen Mengen, die den Landwirten zur Verfor- derung und zur Ernährung bei der Bestands- aufnahme belassen sind und von ihnen freiwillig im Interesse der Heeresversorgung abgegeben wer- den. Die Ablieferung dieser Mengen kann nur verlangt werden, wenn ein Preis bezahlt wird, der die hohen Saatgutpreise deckt und die wirt- schaftlichen Nachteile und Risiken ausgleicht, welche die Landwirte mit der Hergabe des letzten Restes von Körnerfrucht in Kauf nehmen müssen. Die Ablieferung dieser Mengen kann nur verlangt werden, wenn ein Preis bezahlt wird, der die hohen Saatgutpreise deckt und die wirt- schaftlichen Nachteile und Risiken ausgleicht, welche die Landwirte mit der Hergabe des letzten Restes von Körnerfrucht in Kauf nehmen müssen. Die Ablieferung dieser Mengen kann nur verlangt werden, wenn ein Preis bezahlt wird, der die hohen Saatgutpreise deckt und die wirt- schaftlichen Nachteile und Risiken ausgleicht, welche die Landwirte mit der Hergabe des letzten Restes von Körnerfrucht in Kauf nehmen müssen.

Die Raupenplage. Von der Obst- und Gartenbaulehranstalt wird uns geschrieben: Die Raupenplage an Stachel- und Johannisbeer- sträuchern ist in diesem Jahre geradezu beorgnis- erregend. In wenig Tagen haben die gefährlichen Schädlinge die Sträucher blattlos gemacht und damit die Ernte der so nötigen Marmeladefrüchte in Frage gestellt. Die Vernichtung dieses Schäb- lings ist unbedingte Notwendigkeit, da bei Läßig- keit in den kommenden Jahren die Raupen der Stachelbeerblattwespe zur Landplage werden wird. Ein sicheres Vernichtungsmittel ist eine Spritzung der befallenen Sträucher mit 1 1/2 % Chlorbarium- lösung. Technisches Chlorbarium (in der Rei- kätter Apotheke und den meisten Drogerien er- hältlich) wird in einer Menge von 1 1/2 Kg. in

100 Liter Wasser gelöst und diese Lösung mit Spritze oder feiner Brause auf die Sträucher ge- spritzt. Da die Lösung giftig ist, sterben die Rau- pen in wenig Stunden. Chlorbarium, in faistem Wasser angefeuchtet, löst in etwa 20 Stunden, bei häufigen Umrühren auch schneller. Um das Um- rühren zu erleichtern ist es besser, die Chlor- bariummenge in etwa 5 Liter Wasser anzulösen und nach Auflösung die fehlenden 95 Liter Wasser zuzugießen. Bei wenig Sträuchern kann natürlich auch eine kleinere Menge Lösung hergestellt wer- den, z. B. 1/2 Kg. Chlorbarium und 33 Liter Wasser. Die Sträucher müssen trocken sein, wenn gespritzt wird. Frisch gelöschter, staubtrockener Kalk über die Sträucher gestäubt hilft für den Augenblick auch, die Raupen werden aber nicht getötet, son- dern verpuppen sich, werden wieder Wespen und dann wieder Raupen und die Plage ist im selben Sommer noch einmal da. Gründliche Vernich- tung bietet nur Chlorbarium.

Gerforders Kleinbahnen. Im Monat April 1918 betrug die Betriebseinnahmen: aus dem Personenverkehr 24 933,25 M (Vorjahr 15 484,85), aus dem Güterverkehr 15 383,01 M (13 725,88 M), aus den Nebeneinnahmen 2803,84 M (1975,69 M), zusammen: 43 119,60 M (31 186,42 M), demnach gegenüber April 1917 mehr: 11 933,18 M. Am 1. April 1918 wurden 1886 Tonnen umge- schlagen, gegen 1215 Tonnen im gleichen Monat des Vorjahres. Bei den Vielesfeld der Kreis- bahnen betrug die Betriebseinnahmen im Monat April: aus dem Personenverkehr 25 708,20 M (im Vorjahr 16 783,65 M), aus dem Güter- verkehr 8703,35 M (6769,26 M), aus den Neben- einnahmen 1173,13 M (1045,89 M), zusammen: 35 584,68 M (24 598,80 M), demnach gegenüber April 1917 mehr: 10 985,88 M.

Die Raucherkarte in Oesterreich. Nach einer Mitteilung des Finanzministeriums soll in Oester- reich die amtliche Raucherkarte eingeführt werden. Danach bekommt jeder Raucher 6 Zigaretten, 18 Zigaretten oder ein halbes Päckchen Tabak die Woche. Die Verordnung soll am 15. Juli in Kraft treten.

Frei willst du sein, mein Volk — wohlan es sei! So hör' des Vaterlandes notgeborenen Schrei: Red' aus dein Gold zu Panzern, Stahl und Eisen — Frei wird dein Adler durch die Zukunft freisen!

Die hiesige Goldankaufsstelle befindet sich Bäckstr. 11 und ist täglich von nachmittags 3 Uhr an geöffnet.

Latin an Oberrealschulen. Die Schaffung und Gleichberechtigung der drei höheren Lehranstaltsarten hat nur dann einen Sinn, wenn jede ihre Eigenart wahrt und ausgearbeitet. Nichtsdestoweniger hat sich gerade bei den Oberrealschulen zu einem großen Teil das Bedürfnis herausgestellt, den Schülern ein gewisses Maß lateinischer Kenntnis, das sie zu ihrem Studium unbedingt brauchen, zu vermitteln. Es ist deshalb bisher fast zwei Dritteln sämtlicher preussischer Oberrealschulen das Lateinische als Privatunterricht angegliedert worden. Hierbei haben sich gewiß Mängel eingestellt, vor allem sind die Leistungen der Schüler recht gering geblieben. Somit hat sich das Bedürfnis erwiesen, diesen Privatunterricht mit den Oberrealschulen in festere Verbindung zu bringen und zwar als wachstumsfähige Sache. Zugleich aber sucht der neue Ministerialerlass durch strenge Bestimmungen über die Teilnahme der Schüler einem allzustarcken Zustromen entgegenzutreten. Abgesehen davon, daß jetzt zum erstenmal ein Lehrplan für den Unterricht aufgestellt ist, der feste Ziele und Aufgaben stellt — Einführung in das Ver- ständnis lateinischer Schriftwerke soll erreicht werden —, dürfen nur solche Schüler zur Teilnahme zu- gelassen werden, die nach ihren bisherigen Leistungen Gewähr dafür bieten, daß sie den Anforderungen ent- sprechen werden. Sobald ihre Leistungen nicht befrie- digen, werden sie von der Teilnahme ausgeschlossen. In den drei Klassen Obersekunda, Unter- und Oberprima soll neben Sicherheit in der Formellehre und Erwerbung eines ausreichenden Wortschatzes die Fähigkeit erworben wer- den, lateinische Schriftsteller bis zu einer leichteren Rede Ciceros, Plinius und gegebenenfalls sogar Horaz zu ver- stehen und zu übersetzen. Das Hauptgewicht wird dabei von Anfang an auf ein verständnisvolles Erfassen der sprachlichen Erscheinungen gelegt, was um so eher mög- lich ist, als die Oberrealschüler die Behandlung gram- matischer Erscheinungen durch die Beschäftigung mit Französisch und Englisch schon kennen. — Auf diese Weise wird es gelingen, ohne das Wesen und die Ziele der Ober- realschule zu verändern, den Schülern die für das Stu- dium, z. B. der Medizin, notwendigen Grundlagen im Lateinischen zu verschaffen.

S. Schadenfeuer. In der Möbelfabrik August Schmidt Nachf. brach gestern Abend nach 8 Uhr ein Brand aus, der infolge schnellen Eingreifens der Feuerwehr im Entstehen erstickt werden konnte. Der angerichtete Schaden ist völlig unerheblich. Die Feuerwehr konnte bereits nach einviertelstün- diger Tätigkeit wieder abrücken.

Unsere Helden.

Auszug aus der Beurlaubtenliste für den Landkreis Herford. Unteroffizier Friedrich Kelle, Oberbeck, gefallen. Gefreiter Heinz, Radmeier, Quernheim, an seinen Wun- den gestorben. Fritz Karweg, Metbergen, bisher verm., gestorben (M.). Ernst Kleemeier, Steinbrunn, gefallen. Wilh. Störmeier, Mennighausen, gefallen. Johann Schwarzen, Bommersberg, an seinen Wunden ge- storben. Gefreiter Wilhelm Timmer, Bünde, infolge Krankheit gestorben. Karl Ulrich, Notho, gefallen.

Vielesfeld, 14. Mai. Wegen Kettenhandels mit Feich- sonen ist vom Landgericht Vielesfeld am 24. Nov. v. J. der Kaufmann Heinrich Poppenburg zu einer Geldstrafe von 3000 M verurteilt worden. Er bezog im Herbst 1916 über 100 000 Dosen Fischkonserven, die aus Däne- mark und Norwegen stammten. Während er die Dosen mit 2,20 M bezahlt hatte, verkaufte er sie für 3,20—3,40 Mark in größeren Mengen an andere Großhändler in Hamburg, Berlin und Dresden. Bei Wertheim in Berlin wurde die Dose später für 4,95 M verkauft. Das Gericht hat angenommen, daß sich der Angeklagte als unruhiges Glied zwischen Großhändler und Verbraucher einge- schoben und dadurch die Ware unnötig verteuert hat. Die Revision des Angeklagten bestritt dies und verwies darauf, daß er z. B. bei dem Verkauf nach Dresden eine wirtschaft- lich nützliche Tätigkeit ausgeübt habe, weil in Dresden damals ein großer Mangel an solchen Nahrungsmitteln bestanden habe. Der Reichsanwalt trat der Revision in- sofern bei, als er eine nähere Feststellung darüber ver- mittle, welche Stellung in der Kette die Abnehmer des An- geklagten einnahmen. Es gäbe außer Großhändler noch Selbstgroßhändler, Zwischengroßhändler und Platzgroß- händler. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision als unbegründet, da immerhin aus dem Urteil entnommen werden könne, daß der Angeklagte als ein wirtschaftlich unnützes Glied sich in die Kette eingeschoben habe.

Nus Nachbarschaft und aller Welt.

Düsseldorf, 14. Mai. Der häufig vobestrafte Juwalde Johann Fischer, der gemeinschaftlich mit 3 jungen Burshen aus einer bei Bonn gelegenen Kalksteingrube mehrere Treibriemen im Werte von über 10 000 M gestohlen hatten, wurde von der hiesigen Strafkammer mit Rück- sicht auf die hohe Gemeingefährlichkeit derartiger Diebstähle für die Verurteilung des Kriegsdienstes zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil gegen die mehr ver- urteilten Mitstreiter lautete auf je 9 Monate Gefängnis. — Mehrere werbende Treibriemen aus einem in der Nähe von Düsseldorf-Rath hatte der Schuhmacher Fried- rich Goußen gestohlen, nachdem er zuvor einige Wochen aus dem Zuchthaus entlassen worden war. Ihn traf eine erneute Zuchthausstrafe von 2 Jahren.

Aus den Euerlandern, 13. Mai. Der Matkater tritt in diesem Jahre in riesigen Mengen auf und schadet den Bäumen und Sträuchern sehr. — Die Waldbereen stehen in voller Blüte; sie sind in der Menge vorhanden und kräftig entwickelt, daß bei weiterem Anfrühen Weiter eine Ernte zu erhoffen ist, die die des Vorjahres noch über- steigt.

Waltrop, 14. Mai. Ein schwerer Einbruchdiebstahl wurde in dem hiesigen Manufakturwarengeschäft Stern u. Baum verübt. Dabei fielen den Dieben für 35 000 M Seiden- und Tuchstoffe in die Hände.

Bb. Berlin, 14. Mai. Der „Berl. Botenpost.“ meldet aus Genf: Die Wegschneidung des ergiebigsten südwest- französischen Ackerlandes dauert nach übereinstimmen- den Meldungen aus Bordeaux und anderen Departements infolge der anhaltenden Regenlosigkeit fort. Der angerichtete Schaden ist außerordentlich groß.

Die Geschäfte eines 17jährigen Lebensmittelschleiers.

Aus Benthien wird uns berichtet: Vor der hiesigen Strafkammer steht heute Vormittag Termin an zu einer mehrtägigen Verhandlung in dem großen Schlichthandels- prozess Tichauer und Genossen, dessen Vorgeschichte weit über die Grenzen Schlesiens hinaus allgemeines Aufsehen erregt hat. Der Prozeß dürfte geeignet sein, die Schliche der oberbayerischen Lebensmittelschleier aufzudecken, die im oberbayerischen Industriegebiet, an der Grenze gegen Rußland und Oesterreich, besonders florieren. Die Seele der geschäftlichen Straftaten, die zur Anlage stehen, war der erst hiesig, dann alte Jüdischer Tichauer, ein jarter Geschäftsführer, dessen Entwicklungsgang an amerika- nische Möglichkeiten streift, und für dessen Geschäftsgenie der Krieg noch besondere Voraussetzungen schuf. Jüdischer Tichauer ist der Sohn eines kleinen Kaufmanns, der in einem oberbayerischen Dorfe ein Futtermittelgeschäft be- trieb. Er besuchte zunächst das Gymnasium, auf dem er glücklich die Quarta erreichte. Dann kam er bis zu seinem 14. Lebensjahr in die Volksschule, worauf er in das Ge- schäft des Vaters eintrat, der inzwischen nach Benthien übergesiedelt war und hier in Getreide und Kommissionen „machte“. Der junge Tichauer erwies sich bald als sehr geistvoller Geschäftsmann, dem das väterliche Geschäft und seine Lehrjahre zu klein wurden. Er machte sich selbstständig und begann mit kleinen Schiebergeschäften, wobei er lediglich den Vermittler spielte. Ein Geschäfts- total besaß er nicht, daher beschränkte sich der Verkehr mit Kaufleuten auf verschiedenes Gutes. Allmählich sprach sich die Vermittlerfähigkeit des jungen Menschen herum, und man wurde ihm von den verschiedensten Seiten Waren zum Weiterverkauf angeboten, die meist nach Berlin gingen. Seine Lieferanten rekrutierten sich aus allen möglichen Händlerkreisen bis nach Breslau hin. Als Hauptgeschulbiger neben Tichauer kommt der Kaufmann Louis Centner aus Benthien in Betracht, der mit Tichauer in Getreide und Mehl Geschäfte gemacht hatte. Nach der Anlage sollen die beiden durch ihre Schieber- tätigkeit in kurzer Zeit an 40 000 Mark verdient haben, wovon 15 000 Mark auf den Anteil des Tichauer kamen. Er, wie die übrigen Angeklagten verschiedensten Lebensmittel aller Art: Getreide und Getreidefabrikate, Weizenmehl, Graupen, Jüder, Hülsenfrüchte, Jüder, Seife, und andere begehrte Dinge. Welches Vertrauen dem jungen Tichauer entgegengebracht wurde, geht daraus hervor, daß ihm von allen Seiten Geld angeboten wurde, damit er seine Einkäufe besorgen könne. Die Tätigkeit der Angeklagten erstreckte sich auf einen Zeitraum von sieben Monaten, dann wurde Tichauer in Berlin, wo er Kundenbesuche machte, verhaftet und im Anschluß an seine Festnahme der ganze übrige Geschäftsbetrieb aufgedeckt. Den größten Teil seines Vermögens soll Tichauer übrigens mit guten Freunden und deren „Damen“ durchgebracht haben. — Im ganzen haben 16 Angeklagte auf der Anklagebank Platz zu nehmen, neben Tichauer und Centner andere Kaufleute, Bäckermeister, Müllermeister, Gutbesitzer, ein Kommissionsrat aus Breslau, und mehrere Frauen. Zu der Verhandlung sind 7 Zeugen und 2 Sachverständige geladen.

Tants.

Die vielgenannten Tants sind in Hinsicht auf die motorische Fortbewegung ohne Frage eine Erfindung.

des jetzigen Krieges, haben aber so fern man die Definition als „fahrende Festungen“ gelten läßt, im Prinzip schon mehrere Vorläufer gehabt. Wie der „Figaro“ seinerzeit mitteilte, fanden sich Berichte über fahrende Festungen aus dem 14. Jahrhundert in den Militär- und Marinearchiven von Rom, und daß im 16. Jahrhundert Tants wirklich gebraucht worden sind, ergab sich aus einem in der kaiserlichen Kabinettsbibliothek aufgefundenen Werke eines Agostino Ramelli, eines Schweizer aus Ponte Tresa, weiland „Hauptmanns und Ingenieurs des Allerchrist- lichsten Königs von Frankreich und Polen im Jahre 1588“ (Geinrich III.): ein geschlossener Wagen, in dem hinter Gucklöchern zwei oder drei Paar Büchsen und ein Gewehr in einer Art von Schießscharte untergebracht waren, wäh- rend ein Mann im Innern ein auf die Wagen- räder wirkendes Schwungrad in Bewegung setzte.

Suchen wir aber nach dem Prototyp der fahrenden Festungen, so kommen wir viel weiter, etwa in die Mitte des 6. vordrillischen Jahrhunderts, zurück. In seiner etwa um 370 v. Chr. geschriebenen Chropadie (Kap. 1, 52—55) schildert Xenophon, der Verfasser der Anabasis, mit einer selbst für diesen Schriftsteller ungewöhnlichen Anschaulichkeit eine „Tant“-Konstruktion, die der ältere Chrus uns Jahr 550 auf seinem Feldzug gegen Sardes verwendete. Im Gegensatz zu Infanterie und Kavallerie werden diese Konstruktionen von Xenophon ausdrücklich und wiederholt (neben den Schilddingen) als „Maschinen“ (mechanai) bezeichnet. Zu den Schilddingen des Chrus lieferte Mordakatas von Susa weitere hundert und „Astele“ sich, um diese anzuführen, einen Wagen mit vier Deichseln und acht Pferden. „Als aber Chrus den Wagen mit vier Deichseln sah, schloß er, es müßte möglich sein, auch acht Deichseln anzubringen, um mit acht Paar Ochsen das unterste Stadtwort der Maschine zu führen. Dieses war von der Erde an fünfzehn Metern hoch. Die Maschine war gleich 120 Zentimeter. Wenn solche Tante der Schlachtortung folgten, so glaubte er, würden sie seiner Phalanx ein großer Verlust, der Schlachtordnung der Feinde aber ein großer Schaden sein. Auf den Stad- werken brachte er Galerien und Bruchwehren an und setzte auf jeden der Türme zwanzig Mann. Nachdem nun die Türme ganz fertig waren, stellte er einen Versuch an, ob sie fahrbar seien, und es ergab sich, daß die acht Paare (Ochsen) den Turm samt den darauf befindlichen Männern weit leichter zogen als je ein Paar einen Tropwagen. Denn ein Tropwagen wog ungefähr fünfzigtausend Ta- lente; bei dem Turm aber, an dem die Hölzer so dicht waren wie an einer tragischen Bühne, kam unter Ein- rechnung der zwanzig bewaffneten Männer auf jedes Paar eine Last von weniger als fünfzig Talenten. Da er nun sah, daß 22 mit der Bewegung keine Schwierigkeit hatte, schickte er sich an, die Tante dem Heere nachzu- führen. Überzeugt, daß Kunstgriffe im Kriege etwas Ge- rechtetes seien und zum Wohl und Glüd des Heeres bei- tragen“.

Im Treffen vermochten die Perser des Chrus dem ägyptischen Kontingent der Feinde nicht standzuhalten und zogen sich zurück, bis sie unter die „Maschinen“ fa- men. Hier nun werden die Kugeln von den Türmen herab beschossen. Und die Nacht hat kein fieses, weder Bogenschützen noch Speerwerfer, sondern mit ge- glückten Schwertern zwangen sie sie, mit Bogen und Speer zu schießen. „Es war ein großes Gemetzel, ein großes Geschrei, indem die einen die anderen anriefen und ermutig- ten oder die Götter anriefen“. Zudem aber so die Kugeln zum Stehen gebracht wurden, konnte ihnen Chrus mit weiteren Truppen in den Rücken fallen, und so wendete sich die Schlacht zu einer Niederlage für die Feinde des Chrus, der selber einen der Türme beschießen hatte, um das Treffen zu übersehen und seine Anordnungen zu geben.

In diesem Falle also haben die „Tants“ entscheidend auf den Ausgang der Schlacht eingewirkt. Der Schilder- ung der fahrenden Festungen, wie sie Xenophon gibt, braucht kaum etwas beigefügt zu werden. Das Gewicht dieser Schilddanten würde, das attische Talent zu 26 1/2 Kilogramm angelegt, etwa drei Tonnen betragen haben (weniger als acht mal 15 Talente gleich 3180 Kilogramm), und zur Fortbewegung genügt ein 16 „OS“, wenn es gefaltet ist, die dort als Krafteinheit genannte Schil- dante entsprechend dem modernen PS oder HP abzufügen.

„Ich lebe von Rechtsübertretungen.“

Der Reichstag hat am Montag die zweite Le- sung des Etats der Marineverwaltung abge- schlossen, darauf den Etat des Reichsjustizamts beraten und sich sodann dem Etat des Reichs- justizamts zugewandt. Einen breiten Rahmen in dieser Aussprache nahm mit Recht das traurige Kapitel der zunehmenden Kriminalität der Ju- gend ein. Abg. Dr. Müller-Meinungen hob ein- dringlich hervor, daß während des Krieges der an sich eine Verneinung des Rechtes ist, die letzte Ach- tung vor dem Rechte verloren zu gehen droht. Er erwähnte alle Parteien, sich gemeinsam zu betrei- gen an dem Versuch, unsere deutsche Jugend zu reiten gegenüber den furchtbaren Gefahren dieser schweren Zeit. In diesem Zusammenhang sprach er die Forderung aus, daß die deutsche Lehr- schaft, die im Felde vielfach zu nebenständlichen Diensten verwendet wird, wieder zu ihren Schulen kommt. Er wies auf die Flut von Verordnungen hin, unter deren Druck jedes Gefühl für Recht und Unrecht schwindet. Im ganzen Deutschen Reich gibt es heute nicht einen einzigen Menschen, der auch nur annähernd weiß, was Recht ist. Eine der bekanntesten Persönlichkeiten des öffentlichen Rechts, ein Mann, der eine führende gesellschaft- liche Rolle spielt, hat, wie Dr. Müller-Meinungen hervorhob, vor kurzem auf die Frage, wie es ihm gehe, geantwortet: „Mir geht es gut; ich lebe von Rechtsübertretungen.“ Tagtäglich macht sich jeder einzelne der Uebertretungen von Verordnungen, unter denen niemand sich mehr zurechtfinden kann, schuldig. Dem neuen Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. v. Krause sprach Dr. Müller- Meinungen Vertrauen aus.

Verantwortlich für den Text- und Inseratenteil: Fr. Kahle, Herford.

